

KAUFMANN **Aktuell**

Sommer 2023

WOHLSTAND ADE

Ein Scheitern mit Ansage

Seite 2



GESINNUNGS-SCHNÜFFELEI

Damals und heute

Seite 3



WALDBRÄNDE

Von Klimafanatikern instrumentalisiert

Seite 4



WAS HEISST HIER EIGENTLICH RECHTS? Von der Rückeroberung eines ehrenwerten Begriffs

Wann ist „rechts“ eigentlich zum politischen Schimpfwort geworden? Wie ist es gelungen, eine demokratische politische Einstellung derart zu verunglimpfen, dass sie inzwischen bei vielen Bürgern als abgeschwächte Form von „Faschist“ oder gar „Nazi“ wahrgenommen wird?

Dabei hat die politische Rechte in der Bundesrepublik eine äußerst verdienstvolle Geschichte. Denn „rechts“, das bedeutete früher ganz einfach konservativ. Und es waren vor allem konservative Parteien und Politiker, die die Bundesrepublik zum Erfolg verholfen haben.

Doch selbst die SPD-Kanzler Brandt, Schmidt und Schröder würden aus heutiger Sicht wahrscheinlich als „rechts“ gelten. Auch sie standen schließlich für kontrollierte Zuwanderung, eine vernunftgeleitete Energie- und Wirtschaftspolitik und das klassische Familienbild, um nur einige Beispiele zu nennen.

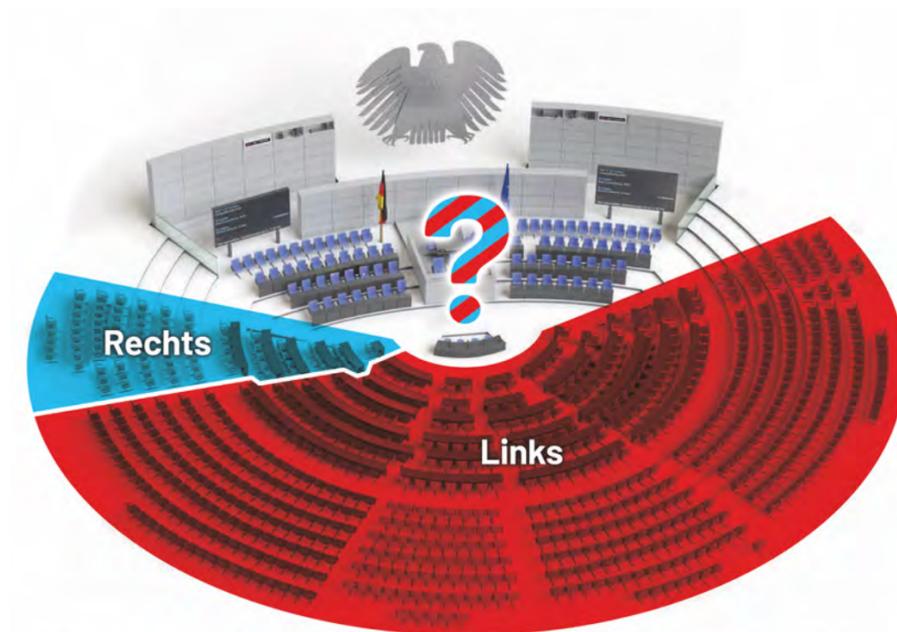
Woher stammt der Begriff? Die Einteilung in rechts und links geht ursprünglich auf die Sitzordnung in der französischen Deputiertenkammer Anfang des 19. Jahrhunderts zurück. Damals

saßen die Vertreter des Adels, und damit der alten Ordnung, aus Sicht des Präsidenten auf der rechten Seite. Die Vertreter des Bürgertums saßen dementsprechend auf der linken Seite.

Diese Einteilung hat sich im Laufe der Zeit so sehr etabliert, dass wir auch heute noch von rechten (konservativen) und von linken (sozialistischen) Parteien sprechen. Wobei sich dies schon in der alten Bundesrepublik vor 1990 nicht mehr in der Sitzordnung im Bundestag widerspiegelte, denn dort saß die liberale FDP regelmäßig rechtsaußen.

Damals und bis in die Ära Merkel hinein, stand „rechts“ einfach für konservative Politik. Sehr schön veranschaulichen lässt sich dies an dem legendären Ausspruch von Franz-Josef Strauß, dass sich „rechts von der CSU nur noch die Wand befinden“ dürfe.

Umdeutung für die AfD Geändert hat sich dies erst, als die Alternative für Deutschland zur ersten Bedrohung für die etablierten Parteien wurde. Mehr und mehr wurde „rechts“ zum Kampfbegriff, der eine Verortung außerhalb des demokratischen Spektrums suggerieren sollte. Gerne



Sitzordnung des Bundestags aus der Perspektive der Abgeordneten. Das klassische Rechts-Links-Schema bezieht sich auf die Blickrichtung des Präsidiums.

wurden dabei auch Assoziationen mit den Nationalsozialisten herangezogen, obwohl diese, wie der Name schon sagt, in erster Linie Sozialisten waren und damit eher dem linken Spektrum zuzuordnen.

In der Geschichte der Bundesrepublik stand „rechts“ jedenfalls die meiste Zeit synonym für „konservativ“. Diese eigentliche Bedeutung des Begriffs müssen wir uns zurückholen und neu zur Geltung bringen. Denn es war in erster Linie konservative, also „rechte“ Politik, die für die Erfolgsgeschichte der alten

Bundesrepublik nach dem zweiten Weltkrieg verantwortlich war.

Was heißt „konservativ“? Während damals also „konservativ“ für Zuverlässigkeit, solides Wirtschaften, für Leistung, Familie und klassische Werte stand, haftet dem Begriff heute oft ein Geruch des Rückwärtsgerwandten, nicht Zukunftsfähigen an. Dabei könnte nichts ferner von der Wahrheit sein.

Konservative Politik bedeutet vor Allem, so lange am Bewährten festzuhalten, bis etwas nachweislich Besseres gefunden wurde.

Die gesamte Riege der Altparteien strebt hingegen mit realitätsblinder Verbissenheit nach gesellschaftlicher Veränderung um jeden Preis.

Ob die damit verbundenen Konzepte und Maßnahmen schon jemals in der Praxis erprobt wurden oder auch nur theoretisch verantwortbar wären, scheint dabei immer weniger zu interessieren. Ganz zu schweigen von der Frage, ob sie von einer Mehrheit der Bürger überhaupt gewollt sind. Kein Wunder also, dass die AfD ihnen ein Ärgernis ist.

Die deutsche Gesellschaft

darf aber kein Reallabor für Sozialexperimente sein. Zu viel steht dabei auf dem Spiel: Wohlstand, Frieden und Sicherheit, ja letztlich der Zusammenhalt der Gesellschaft selbst. Unkontrollierte Massenzuwanderung, die übergreifende Politik aus Brüssel und die Wohlstandsvernichtende so genannte Energiewende zeigen doch schon längst ihre verhängnisvollen Auswirkungen.

Gegen all das wendet sich die Alternative für Deutschland als letzte verbliebene bürgerlich-konservative Kraft und setzt sich für vernunftgeleitete konservative Politik, ohne unverantwortbare gesellschaftliche Experimente ein. In diesem Sinne und in der Tradition großer Konservativer wie Konrad Adenauer und Ludwig Erhard bekennt sich die AfD uneingeschränkt dazu, konservativ und somit „rechts“ zu sein. Verhelfen wir diesem Begriff zu neuer Würde, indem wir dem Bewährten in Wirtschaft, Familie und Gesellschaft zu neuer Geltung verhelfen und aufgeschlossen für Neues bleiben, sofern es wirklich und nachweislich dem Wohl der Menschen in unserem Land dient.

BEREIT FÜR MEHR

Die Folgen der Politik der Ampel und ihrer Helfer in der Opposition sind inzwischen in der Tagespresse angekommen. Als im Juli die OECD Deutschland wirtschaftlich auf dem letzten Platz der führenden Industrienationen einstufte, da redeten willige Journalisten das noch schön. Doch inzwischen gibt es nichts mehr zu beschönigen. Deutschland ist in der Krise, nicht nur wirtschaftlich.

Die Deindustrialisierung ist in vollem Gange, die Infra-

struktur bröckelt, die Bundeswehr ist kaum einsatzbereit, das Bildungssystem ist überlastet und Millionen Einwanderer in die überlasteten Sozialsysteme kommen über die ungeschützten Grenzen.

Ist das „nur“ Unfähigkeit? Nein, im Gegenteil! Wir erleben nun die Politik der „Großen Transformation“, die seit Jahren angekündigt wurde. Verknappung und Verteuerung von Energie, Einschränkung der Mobilität, der Pakt für Migration, das sind einige

der Ziele, die nun umgesetzt werden.

Die Coronapandemie und die vorgebliche Klimakrise sind die Vehikel, um Angst zu verbreiten und diesen Umbau der Gesellschaft, über den nie abgestimmt wurde, voranzutreiben. Wer widerspricht, wird als Rechter, als Schwurbler, als Querdenker verunglimpft oder gar mit Diffamierungskampagnen um seine Existenz gebracht.

Würde es den Grünen wirklich um das Klima gehen, dann hätten sie die CO2-freien Kernkraftwerke nicht abgeschaltet.

Die panische Eile beim Durchpeitschen des „Heizungshammers“ oder des Energieeffizienzgesetzes zeigt, dass die Ampel weiß, dass sie nur noch ein kurzes Zeitfenster für ihre Transformationspolitik hat – bis zu den Bundestagswahlen 2025.

Denn dann können die Wähler dem Spuk ein Ende bereiten. Die Umfragen zeigen, dass die einzige Partei, die für ein Ende der linksgrünen Transformation steht, an Zustimmung gewinnt. Die AfD ist bereit für mehr.

Die Menschen, die arbeiten

und Werte schaffen, die ihre wohlverdiente Rente genießen oder sich auf ein produktives Leben vorbereiten, haben Anspruch auf alle Unterstützung der Politik. Die ideologische Gängelung der Bürger durch die Politik muss aufhören. Wir brauchen eine Politik der Vernunft.

Verlassen Sie sich nicht auf die Medien, die im Zweifel AfD-Vertreter nicht zu Wort kommen lassen. Informieren Sie sich direkt, was Ihre AfD-Abgeordneten für Sie tun. Auch dafür ist diese Zeitung da.

Informieren Sie sich selbst

und lassen Sie sich trotz allem nicht die Laune verderben. Alles Gute!

Ihr Prof. Michael Kaufmann, Mitglied des Deutschen Bundestages



Kaufmann auf Sommertour

Vom 12. bis 26. August auch in Ihrer Nähe

Auf meiner Sommertour durch den Wahlkreis möchte ich mit Ihnen ins Gespräch kommen.

Besuchen Sie mich doch an einem der zahlreichen Infostände in den Saale-Kreisen. Ich freue mich auf die Begegnung mit Ihnen.

Den Tourplan finden Sie auf Seite 8.



Nobelpreisträger beklagt „Pseudowissenschaft“



Wiederholt habe ich in meinen Reden und Initiativen im Deutschen Bundestag angemahnt, dass in einigen Bereichen der Wissenschaft (Gesundheit, Klima, Gender etc.) die bewährten Grundsätze wissenschaftlichen Arbeitens nicht mehr beachtet werden, weshalb vor dieser Art von Pseudowissenschaft zu warnen ist.

Für diese Mahnung bekam ich unlängst Unterstützung von höchster Stelle. Kein Geringerer als der Nobelpreisträger für Physik von 2022, Dr. John F. Clauser, kritisierte im Juli in einer vielbeachteten Rede vor jungen Wissenschaftlern im Rahmen der Konferenz „Quantum Korea 2023“: „Die Welt, die ich derzeit beobachte, ist geradezu überschwemmt, gesättigt mit Pseudowissenschaft, mit schlechter Wissenschaft, mit wissenschaftlicher Fehlinformation und Desinformation und mit dem, was ich als «Techno-Cons» bezeichne“ („Con“ = „Trickbetrug“)

Wäre Dr. Clauser nicht Nobelpreisträger, die Medienmeute hätte ihn wohl sofort als „Verschwörungstheoretiker“ zerrissen. So aber dürfen wir uns freuen, dass einer der größten lebenden Naturwissenschaftler an prominenter Stelle das ausspricht, was mich und viele andere seit Jahren bewegt: Wissenschaft hat sich in viel zu vielen Bereichen zum Erfüllungs-

gehilfen von politischer Agenda machen lassen und dabei einige ihrer grundlegenden Prinzipien über den Haufen geworfen, ja, letztlich ihre Würde verloren.

Und damit keine Missverständnisse aufkommen, was und wen Clauser gemeint haben könnte, nannte er einige der Verdächtigen beim Namen. „Meiner Meinung nach ist der IPCC (Weltklimarat - Red.) eine der schlimmsten Quellen für gefährliche Fehlinformationen.“ Und weiter: „Ich kann mit Bestimmtheit sagen, dass es keine echte Klimakrise gibt und dass der Klimawandel keine extremen Wetterereignisse verursacht.“

Die Welt muss zurückkehren zu den Grundsätzen guter, echter Wissenschaft.

1. Die Wahrheit kann nur durch die unvoreingenommene Beobachtung von Naturphänomenen gefunden werden.

2. Gute Wissenschaft stützt sich immer auf gute Experimente, die reproduzierbar sowie gänzlich nachvollziehbar, und deren die Ergebnisse auf die Gesamtheit übertragbar sein müssen.

Auch darum kann man Gebieten wie den "gender studies" getrost die Wissenschaftlichkeit absprechen."

Abschließend noch zwei Mahnungen von Dr. Clauser an die jungen Wissenschaftler in Korea,

die wir alle uns zu Herzen nehmen sollten.

„Nutzen Sie die aus sorgfältig durchgeführten Experimenten und Forschungen gewonnenen Informationen, um die Verbreitung von wissenschaftlichen Fehlinformationen, Desinformationen und «Techno-Cons» zu stoppen.“

„Die Wahrheit kann gefunden werden, wenn und nur wenn man lernt, gute Wissenschaft zu erkennen und anzuwenden. Das gilt vor allem dann, wenn die echte Wahrheit politisch unkorrekt ist und nicht den politischen oder wirtschaftlichen Zielen oder Wünschen der Regierungen entspricht.“

Als Ingenieur und Wissenschaftler spricht dieser große Naturforscher mir aus dem Herzen. Als Politikerer sind seine Worte mir erneuter Ansporn, mich bei jeder sich bietenden Gelegenheit dafür einzusetzen, dass echte, seriöse Wissenschaft ihre Geltung behält und Pseudowissenschaft als das entlarvt wird, was sie ist: Ein großangelegter und gefährlicher Betrug an der gesamten Menschheit.

Politische Korrektheit ist etwas für ideologiegetriebene Politiker. In der Wissenschaft hat sie nichts zu suchen.



Die äußerst lesenswerte vollständige Rede von Dr. John F. Clauser in deutscher Übersetzung finden Sie hier:

<https://weltwoche.ch/daily/ich-kann-getrost-sagen-dass-es-keine-echte-klimakrise-gibt-physik-nobelpreis-traeger-john-f-clauser-ueber-wahrheit-und-wissenschaft/>

Kein Steuergeld für linke Hetze

Die staatliche Finanzierung von Diffamierung der Opposition muss aufhören.

2022 hat die linksradikale Amadeo-Antonio-Stiftung mehr als 2,2 Millionen Euro allein aus Bundesmitteln erhalten. Geleitet wird die Stiftung vom ehemaligen Stasi-Spitzel Anetta Kahane. Eine Meldestelle „Antifeminismus“ und das Verbreiten von Hass und Hetze gegen die AfD genügen offenbar, um mehr als 2 Millionen Euro an Steuergelder zu erhalten.

Auch das als gemeinnütziger Verein organisierte Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) tut kaum etwas anderes, als die Opposition zu diffamieren und erhält dafür Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt.

Mit diesem Geld wirbt der Verein breitwirksam und natürlich medial unterstützt für ein Verbot

der AfD, statt sich satzungsgemäß mit Menschenrechtsverletzungen in Deutschland zu beschäftigen. Die gab es schließlich im Rahmen der unsäglichen Corona-Maßnahmen zuhauf.

Wir fordern daher, dem DIMR die gesetzliche Grundlage zu entziehen, um den Platz frei zu machen für eine neutrale Stelle, die tatsächlich als Wächter der Menschenrechte fungiert, statt ihre

Stellung zu nutzen, um selbst Politik im Sinne der Regierung zu betreiben.

Diffamierung der Opposition und Bespitzelung der Bürger sind keine Tätigkeiten, die es zu fördern gilt.

Die unsägliche Praxis, dass Millionen an Steuergeldern für die parteipolitische Bekämpfung der Opposition verbrannt werden, muss jedenfalls ein Ende haben.



Bereit für Brüssel

AfD nominiert ihre Kandidaten für die Europawahl

Auf gleich zwei Parteitagen vom 28. - 30. Juli und vom 4. - 6. August hat die Alternative für Deutschland ihre Kandidaten für die Europawahl im Frühjahr 2024 nominiert.

In den Medien wurde bemängelt, dass wir ungewöhnlich lange für die Nominierung gebraucht haben. Doch wir sehen darin ein Tugend. Als basisdemokratische Partei, präsentieren wir den Delegierten unserer Par-



Die Delegierten aus Thüringen

teitige eben keine vorgefertigten Listen, die dann vom Parteitag nur noch abgenickt werden sollen.

Wir wollen die offene Debatte, damit alles, was wir entscheiden, so gut wie möglich den Willen der Mehrheit unserer Mitglieder widerspiegelt. Für dieses Ziel sind unsere Delegierten auch bereit gleich zwei Wochenenden zu opfern, um zu ermitteln, welche Kandidaten unsere Mitglieder in den Europawahlkampf schicken wollen.

Mit dem Ergebnis der Nominierung können wir sehr zufrieden sein und haben nun gute Chancen aus der Europawahl am 9. Juni 2024 deutschlandweit als stärkste Kraft hervorzugehen.

Bitte merken Sie sich diesen Termin unbedingt vor und setzen Sie Ihr Kreuz bei der AfD, der einzigen Partei, die sich dafür einsetzt, die viel zu weit gehenden Kompetenzen der EU-Institutionen wieder auf ein sinnvolles Maß zurückzuführen.

Wir verspielen unseren Wohlstand

Die Ampelregierung vernichtet mit atemberaubender Geschwindigkeit Werte, die in Jahrzehnten geschaffen wurden. Während die Weltwirtschaft nach den Schocks durch Corona und den Krieg in der Ukraine aller Orten langsam wieder wächst, wird Deutschland zusehends abgehängt.

Im neuen Wachstumsausblick des Internationalen Währungsfonds (IWF) ist die deutsche Volkswirtschaft unter den 22 untersuchten Staaten und Regionen die Einzige, in der das Bruttoinlandsprodukt 2023 sinken soll. Der IWF rechnet mit einem Minus von 0,3 Prozent und auch 2024 könne Deutschland den Rückstand kaum aufholen.

Die Gründe für diesen Niedergang der deutschen Wirtschaft sind allesamt hausgemacht: Hohe Energiepreise und in der Folge Inflation, eine ausufernde Bürokratie und ein dramatischer Fachkräftemangel als Folge einer jahrzehntelangen Bildungsmisere.

Hinzu kommt eine zunehmende Resignation und Mutlosigkeit unter Deutschlands Unternehmern, die sich einer desaströsen Politik hilflos ausgeliefert fühlen. Wer die Mittel dazu hat, verlagert sein Unternehmen ins Ausland. Andere schließen für immer.

Dieser Entwicklung muss dringend Einhalt geboten werden, denn lange wird es nicht mehr gut gehen,

die selbstgeschaffenen Probleme mit Geld zuzuschütten.

Schon jetzt können sich zehn Millionen Deutsche nach den Zahlen von Eurostat für 2022 nicht mehr jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch,

Fisch oder gleichwertigen vegetarischen Zutaten leisten.

Gleichzeitig beziehen 587.000 erwerbsfähige Flüchtlinge, etwa aus Syrien, Afghanistan und Irak Bürgergeld. Gesamtkosten pro Monat rund

436 Millionen Euro oder rund 5,2 Milliarden pro Jahr. Geld, das dringend gebraucht würde für Entlastungen, um unsere Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen.

Die rot-grüne Ideologie ist bereits jetzt auf entsetzliche Weise gescheitert. Die Einzigen, die das offenbar noch nicht erkennen, sind Ampelpolitiker und deren Wähler, die zum Glück ständig weniger werden.

Ab dem Tag, wo die Alternative für Deutschland Regierungsverantwortung übernehmen wird, werden wir alles daransetzen, das Geld der Steuerzahler wieder dafür einzusetzen, dass es unserem Land und den Menschen und Unternehmen, die dieses

Land stark machen, gut geht. Wir können nicht die ganze Welt retten. Und je schwächer wir selbst werden, desto weniger werden wir in der Lage sein, dort zu helfen, wo Not herrscht.

Höchste Zeit für einen Politikwechsel zum Wohl unseres Landes. Die Zeichen dafür stehen gut.

Deutschland fällt zurück



Nichts ist schwerer, als Leute, die ohnehin des Nachdenkens nicht gewohnt sind, durch Vernunftgründe von einer Wahrheit überzeugen zu wollen, die ihnen zuwider ist.

Johann Heinrich Jung-Stilling

Die WHO greift nach der Macht



Vom 21. bis 30. Mai 2023 hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf zwei internationale Gesundheitsabkommen beraten: die Internationalen Gesundheitsvorschriften (International Health Regulations, IHR) und den sogenannten Pandemievertrag (International Treaty on Pandemic, Prevention, Preparedness and Response). Insbesondere vor dem Hintergrund der zweifelhaften Rolle, die die WHO während der Coronapandemie spielte, sind Fachleute seitdem alarmiert. Strittig ist dabei vor allem die beispiellose Autorität, die diese Vorschläge der WHO verleihen könnten.

Unter anderem Dr. David Bell, ein ehemaliger leitender Mitarbeiter der WHO, warnt davor, dass die WHO hierdurch die Macht bekommen könnte, von den Ländern hohe finanzielle Beiträge zu verlangen, den wissenschaftlichen Diskurs zu unterdrücken und als Reaktion auf gesundheitliche Notfälle, die sie nach eigenem Ermessen ausrufen kann, Reisebeschränkungen, Lockdowns und Zwangsimpfungen durchzusetzen.

Voraussetzung dafür ist, dass die Mitgliedsländer die Vertragswerke, die im Frühjahr 2024 verab-

schiedet werden sollen, zuvor ratifizieren.

Doch hier hat sich der Deutsche Bundestag am 12. Mai in einem Akt vorauseilenden Gehorsams, selbstverständlich gegen die Stimmen der AfD, bereits dafür ausgesprochen, die Befugnisse der WHO „zu stärken“.

Eine derartige Übertragung nationaler Hoheitsrechte auf eine supranationale Organisation wäre in keinem Fall hinnehmbar. Sie ist es umso weniger, als die WHO in hohem Maße von privaten Geldgebern abhängig ist und zudem während der Coronakrise bewiesen hat, dass sie keineswegs unabhängig und ergebnisoffen an gesundheitliche Notlagen herangeht.

Durch die faktische Willkürherrschaft während der Coronakrise sind wir gewarnt, welcher Machtmissbrauch bis hin zur Aufhebung der Grund- und Menschenrechte hier möglich ist. Wir werden daher alles in unserer Macht stehende unternehmen, um zu verhindern, dass sich so etwas, diesmal mit erweiterter Machtfülle, noch einmal wiederholen kann.

Über die weitere Entwicklung werden wir in den kommenden Ausgaben von Kaufmann aktuell berichten.

Entwicklungshilfe absurd

Deutschland zahlt nach wie vor mehrere hundert Millionen Euro pro Jahr an Entwicklungshilfe an China. An ein Land also, dass zu einer der führenden Wirtschaftsmächte der Welt aufgestiegen ist und zu unseren härtesten Wettbewerbern auf den Weltmärkten gehört.

Doch ist dies beileibe nicht der einzige Fall, wo deutsche Entwicklungshilfe in geradezu absurde Kanäle fließt.

Äthiopien ist ein bitterarmes Land, das unsere Hilfe wirklich gebrauchen kann. Höhe der Zahlungen zuletzt 190,5 Mio Euro. Doch deren Präsident lässt sich jetzt, wie die Neue Zürcher Zeitung berichtete, auf 600 Hektar Land einen

Palast bauen, dessen Kosten auf über eine Milliarde Euro veranschlagt werden.

Entwicklungshilfe ist sinnvoll und notwendig. Nicht zuletzt, um die Lebensbedingungen in jenen Ländern zu verbessern, aus denen sich ansonsten Millionen auf den Weg machen, um bei uns ein besseres Leben zu finden.

Doch dürfen wir Bürger von der Regierung andererseits auch erwarten, dass sie sorgfältig prüft, ob unser Steuergeld vor Ort tatsächlich den Menschen zugute kommt, oder ob es, wie im Fall China, völlig überflüssig ist bzw. wie in Äthiopien in zweifelhaften Kanälen versickert.

Gesinnungsschnüffelei - damals und heute

Während meines Studiums von 1985 bis 1990 in der DDR war ich in der Evangelischen Studentengemeinde aktiv. Hier war der Einfluss der staatlichen Organe weniger stark. Auch wenn die Kirchen oft mit dem sozialistischen Staat kollaborierten, öffneten sie Nischen, in denen man sich abseits der staatlichen Ideologie treffen, diskutieren und betätigen konnte.

Diese Nischen waren natürlich für die omnipotente Staatssicherheit suspekt und mussten kontrolliert werden. Uns war das klar, und hin und wieder erinnerten wir uns gegenseitig daran, dass vermutlich bei jedem Treffen mindestens ein Stasi-Spitzel anwesend sein würde. Beim Einblick in die Stasi-Akten nach 1990 fanden sich dann auch tatsächlich umfangreiche Spitzel-Berichte über die Aktivitäten der Studentengemeinde. Doch die Vermutung, bespitzelt zu werden, hat uns damals nicht aufgehalten. Wir waren frei denkende Individuen und standen auf der richtigen Seite.

Ich hätte nach 1990 nicht gedacht, dass ich mich dreißig Jahre später wieder in dieser Situation befinden würde.

2013 habe ich die AfD mitgegründet, weil keine der etablierten Parteien für mich wählbar war, weil ich Demokratiedefizite spürte und schon damals Freiheit und Grund-



rechte gefährdet sah. Ich habe über das Programm mitentschieden. Mir war und ist dabei besonders wichtig, dass Demokratie, bürgerliche Grundrechte, Rechtsstaat und Meinungsfreiheit zum Kern unseres Programms gehören. Gerade wegen meiner Erfahrungen mit der Stasi ist das für mich nicht verhandelbar. Damit sind ich und meine Partei zur Gefahr für den etablierten Politikbetrieb geworden – zumal unsere Umfragewerte trotz fortlaufend negativer Berichterstattung und Ausgrenzung stetig steigen.

Heute ist es der Verfassungsschutz, dem eine freiheitliche Partei suspekt ist. Die AfD-Mitglieder halten sich nicht an ideologisch gezogene Grenzen des Sag- und Denkbaren, bestehen auf Grundrechte und Meinungsfreiheit. Und deshalb wurde sie zum Beobachtungsfall erklärt. Das heißt, wir müssen wieder

damit rechnen, dass Spitzel eingeschleust, Treffen protokolliert und Gespräche abgehört werden. Gelegentlich erinnern wir uns gegenseitig daran, und diesmal ist es nicht nur eine Vermutung.

In den achtziger Jahren wurde ich von der Staatssicherheit bespitzelt, heute durch den Verfassungsschutz. Gibt es denn wirklich keinen Unterschied zwischen damals und heute? Nein, für mich nicht. Ein Staat, der Bürger bespitzelt, die sich im Rahmen geltender Gesetze betätigen, steht auf der Seite des Unrechts. Ohne Wenn und Aber.

Darüber hinaus ist es ein Armutszeugnis für einen Staat, einen Geheimdienst zu unterhalten, der die Gesinnung der eigenen Bürger ausspioniert. Perfide wird es, wenn sich hochrangige Vertreter dieses Geheimdienstes auch noch in politische Debatten einmischen und die Opposition im Sinne

der Regierung herabwürdigen. Beobachten konnte man dies zuletzt sowohl in Thüringen als auch im Bund.

Während der Verfassungsschutz einen florierenden Spitzelapparat gegen die Bürger unterhält und sich munter in politische Debatte einmischt, wird der wirklich wichtige Bundesnachrichtendienst (BND) vernachlässigt und versagt. Keine Ahnung ist zum Markenzeichen des BND geworden. Keine Ahnung vom bevorstehenden Krieg in der Ukraine, keine Ahnung vom Anschlag auf Nord-Stream. Wenn man etwas wissen will, muss man in den USA, Großbritannien oder Israel nachfragen.

Die Ex-BND-Präsidenten August Hanning und Gerhard Schindler bescheinigen der Politik in einem Gastbeitrag für „Bild am Sonntag“, den Nachrichtendienst über Jahre hinweg „zum zahnlosen Wachhund mit Maulkorb und Eisenkette degeneriert“ zu haben.

Auch auf diesem Gebiet ist ein Politikwechsel nötig. Die Prioritäten müssen richtig gesetzt werden – wie es sich für einen demokratischen Rechtsstaat gehört. Der Bundesnachrichtendienst muss sich um unsere Feinde kümmern. Gesinnungsschnüffelei gegen die eigenen Bürger brauchen wir nicht.

Wir stehen auf der richtigen Seite.

Faeser plant Verramschen der deutschen Staatsbürgerschaft

Deutschland ächzt unter Rekordzuwanderung, aber die Ampel hat nichts Besseres zu tun, als neue Anreize zu setzen: Das Innenministerium unter Nancy Faeser (SPD) hat einen „Entwurf zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts“ vorgelegt, der die deutsche Staatsbürgerschaft faktisch zum Ramschartikel macht.

Die Staatsbürgerschaft mit allen Aufenthalts- und Anspruchsrechten soll statt wie bisher nach acht Jahren bereits nach fünf Jahren oder gar nach drei Jahren erworben werden können. Die Mehrstaatigkeit (Doppelpass) soll zugelassen werden. Das heißt, dass anders als bisher die vorherige Staatsbürgerschaft nicht beendet werden muss.

Sollte dieser Gesetzentwurf Bestand haben, dann wird es in Deutschland zunehmend Personen geben, deren Loyalität zwei oder mehr Staaten gilt: Deutsch-Türken, Deutsch-Syrer, Deutsch-Afghanen und so weiter. Die Integration in die deutsche Kultur wird das ganz sicher nicht befördern.

Die AfD hat die Ampel-Pläne in einer Aussprache am 25. Mai 2023 im Bundestag scharf kritisiert. Hier sind die schwerwiegenden Gründe:

Die Einbürgerung kann und darf nur am Ende einer dauerhaften und nachweislich gelungenen Eingliederung in die deutsche Gesellschaft erfolgen. Sehr gute Sprachkenntnisse, eine nachweisliche Anerkennung unserer Werte, Vorstrafenfreiheit und finanzielle Unabhängigkeit sind nur einige der Bedingungen, die zu erfüllen sind.

Das Gemeinwesen muss durch die Hinzufügung eines Neubürgers gestärkt werden. Und deshalb kann die Einbürgerung nur eine Ermessensentscheidung im Einzelfall sein, niemals ein Anspruch. Die Loyalität eines Neubürgers muss ungeteilt der Bundesrepublik Deutschland gelten, und deshalb kann es keine Doppelpässe geben.

Die viel beschworenen Fachkräfte werden sich von einer schnelleren Einbürgerung nicht anlocken lassen, denn für diese zählen Faktoren wie Ar-



beits- und Verdienstmöglichkeiten, Steuern und Lebensqualität. Die massenhafte und wahllose Einbürgerung von zweifelhaft integrierten Ausländern wirkt auf richtige Fachkräfte eher als Warnsignal.

Wie bei anderen Projekten will die Ampel auch hier panisch schnell Fakten schaffen. Die Blitzeinbürgerung soll der Ampel, die in Umfragen immer unpopulärer wird, möglichst bald bei den Wahlen helfen. Es reicht, wenn jemand „SPD“ auf dem Wahlzettel lesen kann und sich erinnert, dass dies die Partei der Innenministerin ist, die ihm den deutschen Pass beschert hat.

Schon heute beziehen Ausländer weit überproportional Bürgergeld. Der Anteil ausländischer Kinder am Bildungsversagen ist offensichtlich. Ausländer verüben überproportional viele Straftaten. Diese Fakten sind nicht mehr greifbar, wenn man Ausländer im Handstreich zu Deutschen macht.

Die AfD wird diese Pläne zum Verramschen der Staatsbürgerschaft weiter hart kritisieren. Zusätzlich hat die AfD bereits einen eigenen Antrag für eine verantwortungsbewusste Einbürgerung vorgelegt. Die Wähler müssen bei der nächsten Bundestagswahl nur ihr Kreuz verantwortungsbewusst setzen.

Klimafanatiker instrumentalisieren Waldbrände

Hatten Sie in den vergangenen Wochen auch den Eindruck, dass ganz Rhodos ein Flammenmeer ist? Und haben Sie auch vernommen, dass daran der Klimawandel Schuld sein soll?

Bei genauerer Betrachtung stellt sich heraus, das ist so nicht ganz richtig. Zunächst: jeder Waldbrand ist eine echte Katastrophe für die, die davon betroffen sind. Daran kann es keinen Zweifel geben. Doch das Bild, dass in den Medien vielfach gezeichnet wurde, entspricht nicht den Tatsachen. Weder hat ganz Rhodos gebrannt, wie manche Schlagzeile zu suggerieren versuchte, noch hat das irgendwas mit dem Klimawandel zu tun.

Tatsache ist, die griechischen Inseln und im Grunde ganz Südeuropa werden seit Menschengedenken immer wieder von Waldbränden heimgesucht. Dabei ist die Zahl der Waldbrände in den letzten Jahren sogar rückläufig gewesen. Die ganz überwiegende Zahl der Waldbrände wird dabei von Menschen verursacht, so auch die jüng-



sten Brände auf Rhodos. Hier steht zusätzlich sogar der Verdacht im Raum, dass diese Brände nicht durch Fahrlässigkeit entstanden sind, sondern bewusst gelegt wurden, weil in dieser Region bereits ein Windpark genehmigt worden sein soll.

Zu dieser Art medialer Irreführung hat sich der bekannte Meteorologe Jörg Kachelmann kürzlich geradezu wütend geäußert. Auf der griechischen Insel Rhodos sei es jedes Jahr «waldbrandtrocken». «Ob es

zu einem Waldbrand kommt, hängt einzig und allein davon ab, ob irgendein Mensch dort Feuer legt – absichtlich oder fahrlässig.» Vegetation brenne erst bei 250 bis 300 Grad. Bei 40 Grad beginne ein Wald nicht schneller zu brennen als bei 0 Grad. «Dass dies viele Leute noch nicht verstanden haben, ist verheerend. Bei manchen Debatten fühle ich mich ins Frühmittelalter zurückversetzt.»

Dennoch scheint derzeit fast jedes Mittel Recht, um sommerliche Tem-

peraturen als angebliche Auswirkung des Klimawandels zu einem apokalyptischen Bedrohungsszenario hochzuspielen.

Karl Lauterbach brüskiert die gesamte italienische Öffentlichkeit, indem er Temperaturen erfindet und öffentlich davor warnt, dass Italien als Urlaubsland demnächst Geschichte sein könnte. Gleichzeitig entwirft er, unter großem medialen Getöse, einen Hitzeschutzplan, um auf Neue die Menschheit vor einem allgemeinen Lebensrisiko zu retten, das

so alt ist wie die Menschheit selbst.

Natürlich ist es gut, besonders alte und kranke Menschen daran zu erinnern, genügend zu trinken und sich besser im Schatten aufzuhalten. Aber dazu braucht es keine alarmistischen Katastrophenszenarien, sondern lediglich gesunden Menschenverstand und ein gutes nachbarschaftliches Miteinander. Aber unterhalb einer Drohung mit Zehntausenden Toten macht es dieser Mann offenbar nicht mehr.

Es drängt sich der Verdacht auf, dass das apokalyptische Klimaszenario vor allem einem Zweck dienen soll: die Menschen darauf vorzubereiten, sich demnächst - natürlich nur zu ihrem eigenen Schutz - erneut Freiheitseinschränkungen zu unterwerfen. Unseren Wohlstand opfern wir für das Klima ja bereits.

Diesen Bestrebungen werde ich mich mit der gesamten AfD-Fraktion entschlossen entgegenstellen und wo immer möglich, seriöse Aufklärung betreiben.

GEG: Nur aufgeschoben

Selbst das Bundesverfassungsgericht hat der Ampel nun attestiert, dass es ihr an Respekt vor dem Parlament als Gesetzgeber mangelt.

Das umstrittene Gebäudeenergiegesetz (GEG) konnte nicht mehr, wie geplant, vor der Sommerpause verabschiedet werden, weil die Frist für die Prüfung des Gesetzentwurfs durch die Abgeordneten entschieden zu kurz bemessen war.

Leider verschafft das den Bürgern, die von kostspieligen Sanierungszwängen bis hin zur faktischen Enteignung bedroht sind, nur einen kleinen Aufschub. Denn kommen soll das Gesetz nach dem Willen der Ampel auf jeden Fall.

Und offenkundig handelt es sich bei diesem hektisch-schlampigen Gesetzgebungsverfahren um keinen Einzelfall. Der Chef des Normenkontrollrates, Lutz Goebel, bezeichnete es kürzlich in der WELT als „nur die Spitze des Eisbergs“.

Sowohl gegen das GEG als auch gegen die Missachtung des Parlaments wird sich die AfD weiter mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Wir sind es den Bürgern schuldig.

Infektionsschutzgesetz verschärft Gut versteckt einfach durchgewunken

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit hat die Ampel im Juni eine weitere Verschärfung des Infektionsschutzgesetzes verabschiedet. Nachdem auch der Bundesrat am 7. Juli keine Einwände erhoben hatte, ist nun auch das Respiratorische Synzytial Virus (RSV) in die Liste der meldepflichtigen Erkrankungen aufgenommen.

Die Gesundheitsämter sind damit angewiesen, das „Ausbruchsgeschehen einzugrenzen und weitere Ausbreitung zu verhindern“, was sehr interpretationsfähig ist und möglicherweise auch wieder Schließungen von Kitas, Schulen oder Pflegeheimen zur Folge haben könnte.

RSV galten bislang jedoch als gewöhnliche Erkältungsviren ohne erhöhtes Gefahrenpotenzial. Dementsprechend fällt auch die Reaktion von Fachleuten aus.

„Einen tiefgreifenden Sinn können wir hier nicht erkennen“, sagt beispielsweise Jakob Maske, Sprecher des Berufsverbandes Kinder- und Jugendärzte. Und Prof. Ursel Heudorf, 30 Jahre lang in leitender Funktion beim Gesundheitsamt Frankfurt, konstatiert rundheraus: „Diese neue Meldepflicht braucht es nicht“.

Während die Fachleute sich vor allem an der Unsinnigkeit dieser Vorschrift stoßen, liegt der noch größere Skandal womöglich in der Art und Weise, wie diese Änderung am IfSG zustande gekommen ist.

Ohne jede parlamentarische Debatte wurde diese potenziell weitreichende Änderung im so genannten Omnibus-Verfahren in einem völlig anderen Gesetz zur Bevölkerungsstatistik versteckt.

Was wie ein illegaler Täuschungstrick anmutet ist leider legale und gängige Praxis. Kleinere Änderungen an Gesetzen, die aber durchaus weitreichende Folgen haben können, werden an ein völlig anderes Gesetz angehängt und gemeinsam mit diesem beschlossen, in der Hoffnung, damit eine unangenehme parlamentarische und vor allem öffentliche Debatte zu vermeiden. Mit anderen Worten: Die Bürger sollen hinters Licht geführt werden.

Durch den Rechtsmissbrauch während der Coronazeit sensibilisiert erkennt man hier unmittelbar das Missbrauchspotenzial dieser neuen Meldepflicht. Wenn schon einfache Erkältungsviren meldepflichtig sind, dann fällt es in Zukunft umso leichter, bei Bedarf neue Freiheitseinschränkungen zu verhängen.

„Energiewende“ fabriziert Chaos im öffentlichen Nahverkehr

Die „größte Brennstoffzellenflotte der Welt“ sollte den ÖPNV in der Rhein-Main-Region zu einem Vorzeigeprojekt der so genannten „Energiewende“ machen. Doch statt schöner neuer Energiewelt ging dort zeitweilig gar nichts mehr.

Anfang 2020 hatte der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) für 500 Millionen Euro 27 Wasserstoffzüge beim französischen Bahn-Hersteller Alstom geordert. Alstom konnte bis Ende 2022 aber nur sechs der Züge liefern. Doch auch von den gelieferten Triebwagen litten an manchen Tagen vier bis fünf unter so massiven Störungen, dass sie nicht einsetzbar waren. Aber ohnehin wären für einen fahrplanmäßigen Regelbetrieb mindestens 11 Züge notwendig gewesen.

Die bis dahin genutzten Dieselloks hatte man in



kopfloser Vorfreude bereits verkauft. Und zu allem Überfluss hatte der RMV neben der Antriebstechnik gleich noch den Betreiber gewechselt. Die Neuen, eine Tochter der Deutschen Bahn, waren aber völlig überfordert.

Das Ergebnis: heilloser Chaos. Zahllose Passagiere saßen auf Bahnsteigen fest und erhielten nicht einmal Informationen über Ausfälle und Verspätungen oder Ersatzverkehr.

Der RMV versuchte nun, mit Hilfe von Schienener-

was zu retten, während der Lieferant Alstom bei anderen Bahnunternehmen Dieselloks gemietet hatte. Statt umweltfreundlicher H2O-Technik also die schmutzigste Lösung von allen.

Man schüttelt nur den Kopf darüber, wie ein erfahrenes Verkehrsunternehmen derart - pardon - dumm sein kann, ohne Backup alles auf eine kaum erprobte Technik umzustellen. Aber letztlich passt es auch ins Bild der völlig verkorksten Energie- und Verkehrspolitik der Bundesregierung.

Berlin und Parlament hautnah

In 2023 werde ich noch eine Bundespressefahrt durchführen. Und es sind noch Plätze frei. Ich lade 50 Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis zu mir nach Berlin ein. Besuchen Sie mich und machen Sie sich selbst ein Bild von der parlamentarischen Arbeit. Neben einem umfangreichen Informationsprogramm mit Besichtigung der Orte, an denen unsere Gesetze vorbereitet, diskutiert und verabschiedet werden, bleibt auch genügend Zeit für die anderen Sehenswürdigkeiten Berlins.

Die Kosten für Fahrt, Unterkunft und das Programm vor Ort übernimmt der Deutsche Bundestag.

Seien Sie also einmal für drei Tage Gäste ihres Bundestagsabgeordneten.

Ich freue mich auf die Begegnung mit Ihnen.

Ihr Michael Kaufmann

Anmeldung unter kontakt@kaufmann-michael.de oder telefonisch unter: 03671 - 5 23 23 48

BESUCHEN SIE MICH IN BERLIN!

Bundespressefahrt

13.11.23 - 15.11.23



ANMELDUNG UNTER:
michael.kaufmann.ak@bundestag.de
+49 (0) 3671 5 23 23 48

PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

AFD

Man kann schon heute sagen, dass der 25. Juni 2023 ein Datum für die Geschichtsbücher ist. An diesem Sonntag wurde zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ein Politiker der Alternative für Deutschland in ein öffentliches Amt gewählt.

Mit 52,8 Prozent der Stimmen hat sich Robert Sesselmann bei der Landratswahl im Landkreis Sonneberg nicht nur ge-

WIR SIND LANDRAT

gen ein Kartell aller Altparteien, sondern auch gegen einen beispiellosen Sturm medialer Hetze durchgesetzt.

Über diesen Meilenstein freue ich mich gleich in dreifacher Hinsicht. Zum einen natürlich für meinen Freund und Kollegen Robert Sesselmann, dem ich auch an dieser Stelle noch einmal zu seinem

Erfolg gratulieren möchte. Dann für die Bürger im Landkreis Sonneberg, die nun einen Landrat haben, der entschlossen ist, den Bürgern zuzuhören und eine Politik zu betreiben, die sich ausschließlich an dem orientiert, was für die Bürger in seinem Landkreis gut ist.

Nicht zuletzt freue ich mich aber auch für

Deutschland. Denn die Landratswahl in Sonneberg war ein Signal, das wie ein Donnerschlag durch alle politischen Ebenen in Deutschland gegangen ist. Die AfD kann Wahlen gewinnen. Und das trotz einer geschlossenen Einheitsfront aller Altparteien und fast aller Medien. Darauf werden wir weiter aufbauen.



In Sonneberg wurde Geschichte geschrieben



Robert Sesselmann mit Michael Kaufmann am Rande des Bundesparteitags in Magdeburg Ende Juli



Hier ein paar Schnappschüsse aus dem Wahlkampf. Mit dem Bürgermobil habe ich gern meinen kleinen Beitrag dazu geleistet.



Brandmauer im freien Fall

Nicht erst seit Robert Sesselmann in Sonneberg zum Landrat gewählt wurde, stehen Kommunalpolitiker überall in Deutschland vor der Herausforderung, sich konstruktiv über die von ihren Parteispitzen ausgerufenen „Brandmauern“ gegen die AfD hinwegzusetzen.

Was in Bundestagsreden für Beifall gut ist, ist in den Städten und Gemeinden vor Ort weder praktikabel noch gewollt. Dort kennt man sich und weiß, dass der Mann oder die Frau von der AfD ein ganzer normaler Mensch ist, mit dem man womöglich schon das ein oder andere Bier getrunken hat und nicht der Teufel, als der er von realitätsfernen Bundespolitikern dargestellt wird. Zudem nimmt man die Verantwortung, gemeinsam das Beste für die Gemeinde zu erreichen, trotz harter Auseinandersetzung in der Sache, meist noch Ernst.

Das hat zu der kuriosen Situation geführt, dass man in Berlin und Erfurt weiter von einer Brandmauer schwadroniert, die es in der Praxis der Städte und Gemeinden oft garnicht mehr gibt, während man sich zugleich alle Mühe gibt, den Elefanten im Raum zu

ignorieren.

Wollte Friedrich Merz wirklich, wie angekündigt, jeden aus seiner Partei ausschließen, der irgendwo mit der AfD gemeinsam für sinnvolle Anträge stimmt, dann wäre die CDU wahrscheinlich in Kürze handlungsunfähig.

In Hildburghausen haben SPD und AfD gemeinsam einen Bürgermeister abgesetzt. In Backnang stimmten Grüne gemeinsam mit der AfD für einen Antrag zur Theaterförderung. Auch im Thüringer Landtag wurden Anträge bereits mit Unterstützung der AfD-Fraktion durchgebracht. So beispielsweise ein Antrag zur Erweiterung des Auftrags des Untersuchungsausschusses zur Einstellungspraxis der Landesregierung. Statt über zerbröselnde Brandmauern nachzudenken, sollten die Altparteien besser zur Realpolitik zurückkehren und akzeptieren, dass die Alternative für Deutschland als freiheitlich-konservative Kraft gekommen ist, um zu bleiben. Wir reichen jedenfalls jedem die Hand, der gemeinsam mit uns Politik zum Wohle Deutschlands gestalten will. Es gibt viel zu tun, fangen wir endlich an.



WIR SIND BÜRGERMEISTER!
GRATULATION AN HANNES LOTH!

Der nächste Paukenschlag

Gerade einmal zwei Wochen später feierte die Alternative für Deutschland ihren zweiten Triumph. Anderes Bundesland, anderes Amt. Die Bürger trauen der AfD etwas zu.

An dieser Stelle ganz herzliche Glückwünsche an meinen Kollegen Hannes Loth aus Raguhn-Jeßnitz in Sachsen-Anhalt zu seiner Wahl zum Bürgermeister.

Alles Gute und viel Erfolg. Beweisen wir ihnen, dass wir nicht nur die schärfsten Kritiker der Regierung sind, sondern dass wir es tatsächlich besser können.

Was man über Windräder wissen sollte

Das erklärte Ziel der Bundesregierung lautet, 2 Prozent der gesamten Fläche des Landes für so genannte erneuerbare Energien zur Verfügung zu stellen.

Da sich Photovoltaik- und vor allem Windkraftanlagen aber nicht einfach gleichmäßig auf das Land verteilen lassen, müssen einzelne Gemeinden und Landkreise sich darauf einstellen, dass bis zu 10 Prozent ihres Gebiets für Windkraft genutzt werden wird. Ein Thema, das in Zukunft verstärkt auch auf die Saale-Kreise zukommen wird.

Bereits heute gibt es in Deutschland rund 30.000 solcher Windkraftanlagen. Hinter jedem dieser Windräder bilden sich Wirbelschleppen, die je nach Lage kilometerweit Bestand haben. Die vertikale Strömung der Luft bewirkt einen Transport der feuchten Luft aus der unteren Schicht in höhere. Die Folgen sind Austrocknung, und letztendlich Erwärmung.



Dazu kommen 30.000 Stahlrohre, weiß lackiert und 90.000 Rotorblätter, gefüllt mit dem seltenem Tropenholz Balsa, die nicht recyclingfähig sind und irgendwann unter der Erde vergraben werden müssen, um dort zu verrotten!

Weiterhin 30.000 Generatoren mit seltenen Erden und Edelmetallen und nicht zuletzt dem hochgiftigen Schwefelhexafluorid (SF₆), dem stärksten bekannten Treibhausgas. Es wirkt rund

22.800 Mal stärker als CO₂.

Viele dieser Anlagen entstehen auf eigens dafür gerodeten Waldflächen und jede einzelne Anlage steht auf einem riesigen Stahlbeton-Fundament, das für alle Zeit in der Erde verbleiben werden. Der Transport der Komponenten erfolgt zum großen Teil per Schiffsdiesel einmal um die halbe Erde aus China.

Nicht zu vergessen die unzähligen Vögel, Fleder-

mäuse, Schmetterlinge und andere Insekten die durch die Flügel zu Tode kommen.

Auch ist noch ungeklärt, wie stark die Gesundheit der Menschen durch den erzeugten Infraschall bei Anlagen in der Nähe von Wohngebieten beeinträchtigt wird.

Und schließlich mehren sich auch die Berichte von Menschen, die ihre Immobilien in der Nähe von Windkraftanlagen nur noch erheblich unter Preis verkaufen konnten.

Nein, an dieser Form der Energiegewinnung ist rein gar nichts umweltfreundlich.

Wir wollen und werden nicht zulassen, dass die Natur unserer Thüringer Heimat für eine rein ideologisch motivierte Energiepolitik derart zerstört wird.

Unsere Wälder sind für uns ein Stück Heimat und für deren Erhalt werden wir mit aller Entschlossenheit kämpfen.

Beim Detscherfest in Saalfeld



Das Saalfelder Detscherfest ist Heimat- und Brauchtumpflege in seiner wohl köstlichsten Form. Der Detscher ist eine Saalfelder Spezialität, die aus Kartoffeln zubereitet wird und findet sich in dieser Form wirklich nur in der Region um Saalfeld.

Am 1. Juli war der AfD Gebietsverband Saalfeld-Rudolstadt erstmalig mit einem eigenen Detscherstand dort vertreten. Es war ein kulinarisches Vergnügen, dort für die Besucher das legendäre Kartoffel-Gebäck selbst zuzubereiten.

Die langen Schlangen vor unseren Stand haben gezeigt, dass wir das offen-

bar ziemlich gut hingekriegt haben. Im kommenden Jahr sind wir gerne wieder dabei.

Wer den Detscher einmal selbst zubereiten möchte, findet das Rezept unter: <https://www.saalfeld-tourismus.de/Sehen-und-Erleben/Veranstaltungen/Saalfelder-Detscherfest/>



Als Doktorand war Robert Malone in den 1980er-Jahren an der Entwicklung der mRNA-Impfstofftechnologie beteiligt. Doch als er sich öffentlich gegen das Coronanarrativ positionierte, wurde er von Big Tech zensiert und von den Medien diffamiert. Doch das brachte ihn nicht zum Schweigen.

Wie ist es möglich, dass sich die von den Regierungen verbreiteten Lü-

gen hartnäckig halten und unsere Institutionen es versäumen, sie zu korrigieren?

Welche Auswirkungen hatte die Coronapolitik auf Menschenleben, Existenzen und Demokratien?

Dr. Malone beweist, wie Daten, Nachrichten und Emotionen während der Pandemie bewusst verzerrt und manipuliert worden sind und untersucht die Verbindungen zwischen Pharmaindustrie, Regierungen und Medien. Aber er gibt auch Anregungen, was wir dagegen tun können, um eine bessere Zukunft zu gestalten.

Dr. Robert W. Malone; *Lügen, die mir meine Regierung erzählte und der Weg in eine bessere Zukunft*; gebunden, 592 Seiten, zahlreiche Abb., Kopp-Verlag, 24,99 €

Keine Erste Hilfe in kleinen Kommunen

Kommunen unter 1.000 Einwohner bleiben bei der Förderung von Defibrillatoren außen vor

Die Thüringer Landesregierung stellt den Kommunen Fördermittel für die Anschaffung von Automatisierten Externen Defibrillatoren (AED) zur Verfügung. Eine lobenswerte Initiative.

Doch hier kommt die Erste Hilfe geleistet werden kann. Gerade für Kommunen, in denen die nächste Notfallversorgung weit entfernt ist, eine großartige Hilfe, die Leben retten kann.

Doch hier kommt die Krux: Die Förderung gilt nur für Gemeinden ab 1.000 Einwohnern. Das heißt, ausgerechnet die kleinsten, in der Regel weniger finanzstarken, Gemeinden, für die das nächste Krankenhaus oft besonders weit entfernt ist, kommen nicht in den

Streit um Brücke an der Linkenmühle eskaliert erneut

Ehemaliger Landrat Holzhey mit Aufsehen erregender Aktion

Der Streit um die ehemalige Brücke an der Linkenmühle bleibt ein Politikum und wurde nun mit einer Aufsehen erregenden Plakataktion neu in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt.

Hartmut Holzhey, der ehemalige Landrat von Saalfeld-Rudolstadt, kämpft seit Langem für den Wiederaufbau dieser Brücke über den Hohenwarte-Stausee, die 1945 im Rahmen des Kriegsgeschehens gesprengt wurde.

Unbestritten ist, dass viele Bewohner der Region sich diese Brücke wünschen, würde sie doch viele Weg erheblich verkürzen. Allein es fehlte bisher immer am politischen Willen oder am

Geld oder an beidem.

Damit aber mag sich Hartmut Holzhey schon seit vielen Jahren nicht abfinden und findet für sein Anliegen unter anderem Unterstützung bei den Bürgermeistern von Altenbeuthen und Gösitz.

Am 1. August nun hat Holzhey mit einer spektakulären Aktion erneut auf das Thema aufmerksam gemacht. Am Brücken-

aufleger in Altenroth brachte er ein Plakat an mit der Aufschrift „Ohne diese Brücke ist die Nutzung dieser Talsperre als Hochwasserschutzanlage staatlicher Rechtsbruch!“

Der Protest war allerdings nicht von langer Dauer, denn schon einen Tag später entfernte die Wasserschutzpolizei das Plakat wieder und prüft nun gar die „strafrechtli-

che Relevanz“ des Inhalts.

Doch das könnte dem ehemaligen Landrat so gar sehr gelegen kommen, denn er erhofft sich eine gerichtliche Klärung der sich aus einem Planfeststellungsbeschluss von 1938 ergebenden Verpflichtung zum Bau der Brücke über die Talsperre Hohenwarte, ohne die die Talsperre, so Holzhey, keine Betriebs-erlaubnis hätte.

Wie viele Bürger in den angrenzenden Kreisen schätze und unterstütze ich das Engagement von Herrn Holzhey. Die Wiedererrichtung der Brücke wäre eine Aufwertung für die gesamte Region. Wir werden an dem Thema dranbleiben.



Bürgerbüro in Pößneck eingeweiht und gleich wieder beschädigt

Mit großer Freude und einen kleinen Fest habe ich am 25. Mai mein neues Bürgerbüro in Pößneck, in der Breit Straße 32, eröffnet.

Doch noch nicht einmal 4 Wochen hielt die erste Scheibe. Besonders toleranten Demokraten war die Anwesenheit der AfD in Pößneck offenbar ein Ärgernis.

In Deutschland heutzutage leider schon traurige Normalität. Aufgehetzt durch die Medien und politische Wettbewerber fühlen sich manche Zeit-



Die Ächtung von Gewalt und die Vermittlung von gegenseitiger Achtung auf der Basis grundlegender Werte ist indes nicht nur ein Thema für die Schule, sondern für die ganze Gesellschaft. (Horst Köhler)



genossen inzwischen offenbar zu fast allem berechtigt.

Wir haben natürlich Anzeige erstattet. Sollte jemand von Ihnen, werter Leser, etwas zur Aufklärung beitragen können, sind wir für Hinweise dankbar.

Davon lassen wir uns aber weder entmutigen noch einschüchtern. Besuchen Sie mich also gerne einmal in Pößneck in der Breite Straße 32. Das Büro ist freitags von 9 bis 13 Uhr oder nach Vereinbarung besetzt.

AfD jetzt bei 22 %



Für die AfD gibt es derzeit in Umfragen fast nur eine Richtung: nach oben. Immer mehr Menschen begreifen, dass es mit Deutschland nicht weitergehen darf wie bisher. Und immer weniger Menschen glauben den Ammenmärchen, die die Medien über uns verbreiten. Das macht Hoffnung, dass in Deutschland demnächst ein echter Politikwechsel möglich werden könnte. Die Interessen der Menschen in unserem Land müssen wieder zur Leitlinie der Politik werden. Seien Sie dabei und werden Sie Teil der Lösung. Damit es mit Deutschland wieder aufwärts geht.

Wenn Unterstützer lieber anonym bleiben möchten

Immer wieder treten Unternehmer, Führungskräfte und einfache Bürger an mich heran und sagen, dass sie die AfD gerne stärker unterstützen möchten. Gleichzeitig fürchten sie aber private oder berufliche Nachteile, wenn das öffentlich würde. Das verstehe ich nur zu gut.

Aber halten wir mal einen Moment inne und überlegen, was das eigentlich bedeutet. Es heißt, dass in Deutschland ein Klima geschaffen wurde, in dem Unterstützer einer demokratischen gewählten Partei, um ihren guten Ruf, um Aufträge, möglicherweise sogar ihren Job fürchten müssen, wenn bekannt wird, dass sie diese Partei unterstützen. Wer, wie ich, die DDR noch erlebt hat, in dem werden dabei unschöne Erinnerungen wach.

Unabhängig davon, sollte dies aber für jeden aufrechten Demokraten ein deutliches Alarmsignal

sein. Denn ein Klima, das heute die Einen stigmatisiert, kann morgen auch jeden anderen treffen. Vergessen wir das bei aller Hitze der Debatte bitte nicht und kehren wir zurück zur guten demokratischen Sitte, dass die politische Einstellung Privatsache ist und keinen Einfluss auf private oder berufliche Beziehungen haben darf.

Leider werden wir mit diesen Rahmenbedingungen wohl fürs Erste leben müssen. Dennoch gibt es in der AfD, wie in jeder Partei, viele Wege zu unterstützen, ohne dabei im Rampenlicht zu stehen.

Lassen Sie uns gemeinsam unser Land wieder voranbringen.

Wenn Sie mehr wissen möchten, sprechen Sie mich gerne an:

kontakt@kaufmann-michael.de

oder

0 36 71 - 5 23 23 48

Es liegt Lavendel in der Luft

Bei bestem Wetter fand am 2. Juli zum 25. mal das Lavendelfest in Blankenburg statt. Das wollte ich mir natürlich nicht entgehen lassen.

Tausende Zuschauer verfolgten den Festumzug am Straßenrand, der von



Fest erst seit 1997 besteht. Zwei Bad Blankenburger Bürger hatten es damals ins Leben gerufen.

Es ist also nie zu spät, schöne und wertvolle Traditionen zu begründen. Bis zum nächsten Jahr im schönen Städtchen Bad Blankenburg.



Vereinen, Schulen, Kindergärten und Unternehmen der Stadt liebevoll arrangiert worden war. Vornweg die neue Lavendelkönigin im cremefarbenen Cadillac.

Es war ein Fest für alle Sinne und natürlich besonders für die Nase. Denn überall lag der Duft von frischem Lavendel in der Luft.

Man sollte nicht meinen, dass dieses wunderbare



„Auf ein Wort“ Podcast mit Michael Kaufmann

Podcast sind praktisch und liegen im Trend. Anders als Videos kann man sie bequem auf der Autofahrt oder bei der Hausarbeit hören.

Darum werde ich ab dem 9. September 2023 einmal wöchentlich am Samstag einen Podcast zu aktuellen Themen aus Politik und Gesellschaft aufnehmen. Neben interessanten Gesprächspartnern verspreche ich Ihnen spannende Einsichten in das Geschehen in Berlin und in den Saalekreisen.

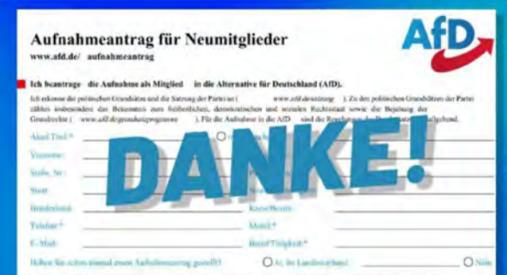
Sie finden den Podcast unter: www.kaufmann-michael.de/podcast

Mitglied werden

Die Umfragewerte der AfD steigen und steigen. Jetzt ist es Zeit, für den Erhalt unserer Heimat aktiv zu werden!

Wir freuen uns über jeden neuen Unterstützer. Unter diesem Link können Sie den Mitgliedsantrag ganz einfach online ausfüllen:

<https://www.afd.de/mitglied-werden/>



...an all jene, welche in den letzten Wochen einen Mitgliedsantrag bei uns ausgefüllt haben und auch an diejenigen, die es noch tun werden. Wir haben zurzeit (wie woanders auch) sehr viel Zulauf und auch viel zu tun - aber das machen wir tatsächlich sehr sehr gern. Wir freuen uns über jeden einzelnen von Euch! Zusammen sind wir Volkspartei. Deutschland immer zuerst!

Was ist drin im Regenbogenkoffer?

„Unterstützung bei Lernplanvorgaben im Rahmen der sexuellen Bildung“



Seit dem 11. Juli können sich Pädagogen und Sozialarbeiter beim Gesundheitsamt Saalfeld-Rudolstadt den Regenbogenkoffer ausleihen.

Der Inhalt thematisiert die „Heterogenität von Kinder und Jugendlichen. Dabei sollen u. a. das

Geschlecht, die Identität und die sexuelle Orientierung im Vordergrund stehen.

Angesichts der zunehmenden Frühsexualisierung von Kindern hatten einige Kreistagsabgeordnete der AfD Fragen zum Inhalt des Koffers

und wollten diesen gerne sehen. Leider wurde ihnen das verwehrt, da der Inhalt „nur für Pädagogen“ sei.

Sollten Sie als Eltern in diesem Zusammenhang ungewöhnliche Beobachtungen machen, sprechen Sie mich bitte an.

Zukunft mitgestalten !

Kommunalwahlen 2024 in Südostthüringen

- Haben Sie den Mut für Veränderungen!
- Packen Sie mit an, anstatt zu jammern!
- Helfen Sie mit, dass Ihre Städte und Dörfer lebens- und lebenswert werden!

Der Stadt- bzw. Gemeinderat überwacht den Bürgermeister und die Gemeindeverwaltung, insbesondere die Ausführung der im Stadt- oder Gemeinderat gefassten Beschlüsse. So ist der Stadt- bzw. Gemeinderat beispielsweise für die Benennung von Straßen, Wegen, Brücken und Plätzen zuständig und entscheidet über die Aufnahme von Krediten.

Der Gemeinderat beschließt in Aufgaben des eigenen Wirkungsbereiches, wozu beispielsweise Bebauungspläne sowie die Hebesätze für Gemeindesteuern, wie Grund- oder Gewerbesteuer gehören.

Der Stadt- bzw. Gemeinderat entscheidet des Weiteren über die Ernennung, Beförderung, Versetzung und Entlassung der Beamten des gehobenen und höheren Dienstes und aller Beschäftigten, deren Vergütungsgruppe mit den Beamten des gehobenen und höheren Dienstes vergleichbar ist.

Der Stadt- und Gemeinderat hat das Recht auf Mitwirkung bei Straßen- und Radwegplanungen, bei der Einrichtung von Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Bereichen sowie bei der Erarbeitung von Gesamtverkehrskonzeptionen.

Ihre Ansprechpartner für alle Fragen:



Die wichtigste Aufgabe des Stadt- bzw. Gemeinderats wird im nächsten Jahr die Entscheidung über die Höhe der Hebesätze für die neue Grundsteuer sein.



Hartmut Lucas
Gebiet: Saale-Orla
Tel.: 0151 226 68 965
E-Mail: hartmutlucas@t-online.de



Thomas Benninghaus
Gebiet: Saalfeld/Rudolstadt
Tel.: 0176 666 03 898
E-Mail: thomas.benninghaus@afd-saalfeld-rudolstadt.de



Falko Graf
Gebiet: Sonneberg
Tel.: 0157 535 94 614
E-Mail: falko.graf@afd-sued-ost-thueringen.de



Kreisverband Südostthüringen

MITMACHER GESUCHT: Ihr Ansprechpartner für die Kommunalpolitik im Saale-Holzland-Kreis (Kahla, Stadtroda, Hermsdorf, Eisenberg, Bürgel, Schkölen, Camburg): **Denny Jankowski - denny.jankowski@afd-thl.de**

AfD-Sommer '23

Sommertour

12. - 26. AUGUST:

**IHR BUNDESTAGSABGEORDNETER
UNTERWEGS IN
DEN SAALEKREISEN**



Prof. Dr.-Ing.
Michael Kaufmann, MdB
www.kaufmann-michael.de



www.kaufmann-michael.de

michael.kaufmann@Bundestag.de

[@AfDKaufmann](https://www.facebook.com/AfDKaufmann)

[@AfDKaufmann](https://www.instagram.com/AfDKaufmann)

[@KaufmannAfD](https://twitter.com/KaufmannAfD)

[t.me/KaufmannAfD](https://www.t.me/KaufmannAfD)

DANKE
für Ihr Vertrauen!

Prof. Dr.-Ing. **Michael Kaufmann**
Ihr Abgeordneter im Bundestag für den Wahlkreis 195

Die nächste Ausgabe von Kaufmann aktuell erscheint im November 2023 mit einer Auflage von 40.000 Exemplaren.

Für Leserbriefe oder Anzeigen wenden Sie sich bitte an
Herrn Falko Graf unter: 0157-53594614
oder E-Mail: kontakt@kaufmann-michael.de

V.i.S.d.P. und Kontakt:

Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, MdB
Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
Tel.: +49 (0)30 227 73557 - Fax: +49 (0)30 227 23 73557
E-Mail: michael.kaufmann@bundestag.de

Herausgeber: MeinBlau.es, Inh. Melanie Berger, Albersdorf 28 - 07980
Berga/Elster; Bildnachweise: Privatbilder, Canva, pixabay, B.B.

Öffnungszeiten der Wahlkreisbüros

Kahla
Rudolf-Breitscheidstr. 4
Tel.: 03671 5 23 23 48
Mi.: 9 - 13 Uhr
michael.kaufmann.wk@bundestag.de

Pöbneck
Breite Straße 32
Tel.: 03671 5 23 23 48
Fr.: 9 - 13 Uhr
michael.kaufmann.wk@bundestag.de

Saalfeld
Brudergasse 6
Tel.: 03671 5 23 23 48
Mo: 14 - 18 Uhr
michael.kaufmann.wk@bundestag.de

Darüber hinaus sind auch Termine nach Vereinbarung möglich!

MICHAEL KAUFMANN
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

Besuchen Sie mich auch im Netz!

www.facebook.com/afdkaufmann

www.twitter.com/kaufmannafd

www.instagram.com/kaufmannafd

www.youtube.com/@prof.dr.michaelkaufmannmdb830

[t.me/kaufmannafd](https://www.t.me/kaufmannafd)

www.tiktok.com/@kaufmannm

TOURDATEN

Infostand
Verteilaktion

12. August

- 1 Kaulsdorf (9 - 10 Uhr)
- Hohenwarte (10.30 - 13 Uhr)
- 2 Drognitz (13.30 - 14.30 Uhr)
- 3 Altenbeuthen (15 - 17 Uhr)

13. August

- 4 Schwarzburg (9 - 10 Uhr)
- 5 Oberweißbach (11 - 12 Uhr)
- 6 Unterweißbach (13 - 14 Uhr)
- Cursdorf Fröbelturm (14.30 - 15.30 Uhr)
- 7 Katzhütte (16 - 17 Uhr)

15. August

- 8 Leutenberg (9 - 10 Uhr)
- 9 Probstzella (12 - 13 Uhr)
- 10 Gräfenthal (14 - 15 Uhr)
- 11 Lehesten (16 - 17 Uhr)

16. August

- 12 Rudolstadt (9 - 10 Uhr)
- 13 Kahla (11 - 12 Uhr)
- 14 Orlamünde (13.30 - 14.30 Uhr)
- Uhlstädt/Kirchhasel (15.30 - 16.30 Uhr)

18. August

- 15 Bad Blankenburg (9 - 10 Uhr)
- Marktgölitze u. A. (11 - 12 Uhr)
- 16 Rottenbach (12.30 - 13.30 Uhr)
- 17 Königsee (14.30 - 16.30 Uhr)

19. August

- 18 Bürgel (9 - 10 Uhr)
- Frauenprießnitz (11 - 12 Uhr)
- 18 Schkölen (13 - 14.30 Uhr)

21. August

- 19 Saalfeld (9 - 10 Uhr)
- 20 Arnsgereuth (11 - 12 Uhr)
- Rohrbach, Wickersdorf (12.30 - 13.30 Uhr)
- 21 Schmiedefeld (14 - 15 Uhr)

22. August

- 22 Neustadt / Orla (9 - 10 Uhr)
- 23 Ranis (11 - 12 Uhr)
- Paska/Ziegenrück (13 - 15 Uhr)
- 24 Saalburg (15.30 - 17 Uhr)

24. August

- 25 Hermsdorf (9 - 11 Uhr)
- 26 Eisenberg (12 - 14 Uhr)
- 27 Camburg (15 - 16.30 Uhr)

25. August

- 28 Unterwellenborn (9 - 10 Uhr)
- 29 Krölpa (11 - 12 Uhr)
- 30 Stadtroda (13.30 - 14.30 Uhr)

26. August

- 31 Triptis (9 - 10 Uhr)
- Dittersdorf, Plothen (11 - 12.30 Uhr)
- 32 Tanna (13 - 14 Uhr)
- 33 Schleiz (14.30 - 16 Uhr)
- 34 Sommerfest Burgk (ab 16 Uhr)

Info unter:

0157 53 59 46 14
kontakt@kaufmann-michael.de

Die genauen Standorte finden Sie auf dieser Webseite:



(www.kaufmann-michael.de/sommertour)